Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parr. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 154 | Montag, den 4. Juni | Jahrgang 1928

Die Genfer Jubiläumstagung.

Ohne Briand und Stresemann.

Der Genfer Völkerbundsrat tritt am heutigen Montag zu seiner 50. Sitzung, also zu einer Jubiläumssitzung, zusammen. Das wird natürlich Veranlassung geben, wieder einige schöne Worte über den Wert oder den Unwert des Völkerbundes und seines Rates zu sprechen, womit an der Tatsache, daß der Völkerbund besteht, und daß man sich mit ihm abfinden muß so wie er ist, nichts geändert werden wird. Auf dieser Jubiläumstagung werden zwei Außenminister, die bislang niemals gefehlt haben, nicht anwesend sein, nämlich Stresemann und Briand, und damit wird ein wichtiges Fragegebiet nicht zur Erörterung kommen, nämlich das der Fortsetzung der deutsch-französischen Verständigungspolitik und der Rheinlandräumung. Stresemann ist krank und darf sich eine so weite Reise wie nach Genf nicht zumuten. Briand hat sich von seiner Grippe erst in den letzten Tagen erholt. Er hat der Kammereröffnung am 1. Juni wohl beigewohnt, aber persönlich den Eindruck eines Mannes gemacht, der sich noch in der Rekonvaleszenz befindet. Wegen des mangelhaften Gesundheitszustandes dieser beiden Männer kann also das Hauptthema der europäischen Nachkriegspolitik nicht weitergesponnen werden.

Aber wenn auch jetzt Stresemann und Briand nicht wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes verhindert wären, nach Genf zu fahren, würde die Rheinlandpolitik keine besonderen Fortschritte erfahren. Denn mit der Ausschaltung des Sicherheitsmomentes und der Hervorholung des Pfandcharakters für Reparationsverpflichtungen treten Italien und England als Mitinteressenten wieder schärfer in den Vordergrund. Besprechungen zwischen Briand und Stresemann allein würden also wenig bedeuten. In seiner letzten Reichstagsrede hat Stresemann die Rheinlandfrage erneut berührt und dabei auf sein Thoiry-Angebot zurückgegriffen. Er hat angeboten, gegen eine beschleunigte Durchführung der Rheinlandräumung die Zustimmung Deutschlands für eine vorzeitige Mobilisierung eines Teiles der deutschen Eisenbahn- oder Industrieobligationen in Aussicht zu stellen, also damit gewissermaßen den Pfandcharakter der Rheinlandbesetzung zu ersetzen. Je näher nun der Tag heranrückt, wo die zweite Rheinlandzone, das ist die Koblenzer Zone, sowieso geräumt werden muß, umso größer würde natürlich das Opfer eines solchen Angebotes sein, und vielleicht ist Stresemann froh, daß er Genf jetzt fernbleiben kann, wo er wahrscheinlich sein Angebot hätte wiederholen müssen.

Man hat wohl gesagt, daß das Fehlen der Außenminister Briand und Stresemann der Junitagung des Völkerbundes jeden hochpolitischen Charakter nehmen würde. Es ist aber noch nicht sicher, daß es so kommen wird. Es stehen doch Themata auf der Diskussion, die eine hochpolitische Aussprache, wenn auch nicht auf der Ratstagung selbst, durchaus veranlassen könnten. So die Verhältnisse in Polnisch-Oberschlesien, so der Waffenschmuggel von Szent Gotthard, so der rumänisch-ungarische Optantenstreit, dessen Regelung ganz aussichtslos geworden ist, nachdem jetzt Rumänien den Vorschlag des Völkerbundsrates vom März abgelehnt hat. So der Bericht über den Stand der polnisch-litauischen Verhandlungen, so die Beschwerden der Nankingregierung und der Regierung von Tokio über die Zwischenfälle in China. Und ganz sicher wird auch der Stand des Kelloggschen Kriegsächtungspaktes besprochen werden. Die Jubiläumstagung des Rates vollzieht sich also vor einem hochpolitischen Hintergrunde und kann zu einem fruchtbaren Meinungsaustausch führen, wenn auch von den Prominenten der europäischen Außenpolitik diesesmal nur Minister Chamberlin anwesend ist.

*

Ein polnischer Schritt wegen Wilna?

× **Genf,** 2. Juni. Die polnische Regierung hat, wie verlautet, an den Völkerbundsrat ein Schreiben gerichtet, in dem gegen den Passus der neuen litauischen Verfassung Einspruch erhoben wird, der Wilna als die Hauptstadt Litauens erklärt. Es verlautet ferner, daß die polnische Regierung auf der kommenden Ratstagung einen amtlichen Schritt in dieser Angelegenheit unternehmen werde. An maßgebender Stelle des Generalsekretariats des Völkerbundes wird demgegenüber erklärt, daß bisher ein solches Protestschreiben der polnischen Regierung noch nicht eingetroffen sei.

★

Eine üble Introduktion.

¶ **Paris,** 2 Juni Der „Temps" veröffentlicht am Sonnabend einen Aufsatz aus der Feder Albert Bazerques, „Bismarck und die Locarnopolitik", in dem der Verfasser an das von Dr. Stresemann in verschiedenen Reden besonders anläßlich seiner Ehrenpromotion in Heidelberg und kurz darauf in Mainz gezeichnete Bild des Eisernen Kanzlers anknüpft. Bazerque kommt dabei zu folgendem Schluß: „Es muß festgestellt bleiben, daß die Politik des kaiserlichen Deutschland, brutal und krumme Wege gehend mit Bismarck, anmaßend und provozierend mit Wilhelm II., unter dem ersten wie unter dem zweiten eine ständige Drohung für den Frieden war. Wenn das republikanische Deutschland aufrichtig und loyal eine Politik der Verständigung und Versöhnung betreiben will, müsse es klar sowohl mit den Methoden des Eisernen Kanzlers wie mit denen Wilhelms II. brechen.

*

Briand über auswärtige Fragen.

Paris, 2. Juni. Außenminister Briand äußerte sich heute abend vor Pressevertretern ausführlich über seine Unterredung mit Chamberlain. Wir sind, so erklärte er u. a., in allen Fragen, die auf der Tagesordnung des Völkerbundsrats stehen, vollkommen einig und sind gewillt, ihre Lösung stets im freundschaftlichsten Geiste zu erstreben. Wir haben ganz besonders die Abrüstungsfrage, die im nächsten Juli in Genf wieder zur Sprache kommen wird, einer allgemeinen Prüfung unterzogen. Bezüglich der ungarischen Optantenfrage gab Briand der Auffassung Ausdruck, daß zwischen Rumänien und Ungarn unmittelbare Verhandlungen eingeleitet werden, während andererseits hinsichtlich des Szent Gotthardfalles der Völkerbundsrat nach dem vom Dreierkomitee unterbreiteten Bericht seine Entscheidung fällen werde. Es komme darauf an, so erklärte Briand, ähnliche Zwischenfälle künftig zu vermeiden. Der Völkerbundsrat würde also die Erweiterung der Befugnisse seines Präsidenten zu prüfen haben. Schließlich erklärte Briand, daß die Verhandlungen über den Antikriegspakt, die in der Unterredung gleichfalls besprochen wurden, auf dem besten Wege seien und man auf einen baldigen befriedigenden Abschluß hoffen dürfe. Die von Frankreich aufgestellten Grundsätze seien von den anderen Mächten anerkannt worden, und es handele sich nur noch darum, eine Formel zu finden, die alle Auffassungen befriedige.

Uruguay gegen Deutschland 4:1 (2:0).

Skandal in Amsterdam.

)(**Amsterdam,** 3. Juni. Vor 40 000 Zuschauern wurde die deutsche Fußball-Olympia-Mannschaft von dem Olympia-Sieger von 1924, Uruguay, mit 4 : 1 (2 : 0) besiegt. Die Niederlage unserer Elf ist mehr dem völligen Versagen des ägyptischen Schiedsrichters Youssuf-Mohamed zuzuschreiben als etwa dem Spiel unserer Mannschaft.

Der deutsche Mittelläufer Kalb wurde schon in der ersten Halbzeit des Platzes verwiesen, obwohl verschiedene Spieler Uruguays weitaus härter gespielt hatten als der Nürnberger. Nach der Pause wurde dann der Meeraner Hofmann herausgestellt, nachdem er kurz zuvor Deutschlands Ehrentor geschossen hatte. Als dann auch noch Pöttinger verletzt wurde, war das Spiel natürlich entschieden. Das Publikum, unter dem sehr viele Deutsche waren, nahm in sehr eindeutiger Weise Stellung gegen Sieger und Schiedsrichter.

Einen ausführlichen Bericht finden unsere Leser im Sportteil.

Das Einlenken Südslawiens.

Die Antwort an Mussolini.

:: **Rom,** 2. Juni. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani aus Belgrad hat der jugoslawische Minister des Aeußeren auf die italienische Protestnote wegen der Zwischenfälle in Sebenico und Spalato in einem Schreiben geantwortet, in dem er das Bedauern der jugoslawischen Regierung über die Vorgänge zum Ausdruck bringt, die sich am 25. und 26. Mai in Sebenico und Spalato ereigneten, und mitteilt, daß Maßnahmen gegen eine Wiederkehr solcher Vorfälle ergriffen und die Polizei dort verstärkt worden sei, wo sie zu schwach war. Der Minister des Innern hat, wie es in dem Schreiben weiter heißt, eine Untersuchung angeordnet, um festzustellen, wer für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den beiden Städten verantwortlich war, damit diejenigen, die sich eine Pflichtversäumnis haben zuschulden kommen lassen, bestraft werden. Außerdem soll der Umfang des bei den Unruhen angerichteten Schadens ermittelt werden, damit die in Betracht kommenden Personen und Einrichtungen entschädigt werden können. Die festgenommenen Schuldigen werden abgeurteilt und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bestraft werden. Da die jugoslawische Regierung sich demnach in voller Uebereinstimmung mit dem von der italienischen Regierung am 30. Mai gestellten Ersuchen befindet, hoffe ich, daß die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern durch diese bedauerlichen Ereignisse in keiner Hinsicht getrübt werden können. Die jugoslawische Regierung ist fest entschlossen, alles zu verhindern, was dem Bestehen und der Verbesserung der guten Beziehungen Eintrag tun könnte, entsprechend dem Wortlaut und dem Geiste des Freundschaftsvertrages, der beide Länder verbindet.

In oppositionellen Kreisen in Belgrad hat diese Note wegen ihres entgegenkommenden Tones große Erregung hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß die jugoslawische Regierung nicht einmal abwartet, welche Antwort die italienische Regierung auf die in Rom überreichte jugoslawische Note geben werde. Die Regierung will offenbar die letzten Hindernisse für eine Erneuerung des italienisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes beseitigen; sie will daher auch die Verträge von Nettuno der Skupschtina zur Ratifizierung vorlegen. Nach den Vertrauenskundgebungen der Parteiklubs wird damit gerechnet, daß die Ratifizierung auch tatsächlich erfolgt. Italien hat es demnach vollkommen in der Hand, das Verhältnis an der Adria durch Mäßigung seiner imperialistischen Bestrebungen friedlich zu gestalten, und man sollte meinen, daß nicht nur rankreich, sondern in gleichem Maße auch England daran interessiert sein müßte.

★

Mussolinirede über Jugoslawien.

() **Triest,** 2. Juni. Auf der Dienstagsitzung des römischen Senats wird das Budget des auswärtigen Amtes beraten. In dieser Sitzung wird Mussolini Erklärungen über die außenpolitische Lage abgeben, bei denen er die italienisch-jugoslawischen Beziehungen eingehend behandeln wird.

Eine neue Fraktion im Landtag.

:: **Berlin,** 2. Juni. Nach einer Mitteilung des Grafen Posadowsky an das Büro des preußischen Landtages haben sich die Mitglieder der Christlich-nationalen Bauernpartei (8), die Welfen (4), die Abgg. der Aufwertungspartei (2) und die Völkischen (2) zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, sodaß sie mit zusammen 16 Mitgliedern eine Fraktion bilden und Anspruch auf Vertretung in den Ausschüssen erheben können. Das ist besonders deshalb von Bedeutung, weil infolge dieses Zusammenschlusses die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen die gleichen sein werden wie im Plenum. Da früher verschiedene Parteisplitter keine Ausschußvertretung hatten, so ist es gelegentlich vorgekommen, daß das Plenum anders entschied, als ein Ausschuß vorgeschlagen hatte Ein Fraktionsvorstand ist, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, von der neuen Arbeitsgemeinschaft im Landtagsbüro noch nicht namhaft gemacht. Man kann einigermaßen darauf gespannt sein, wie diese recht bunt zusammengesetzte Fraktion gemeinsam arbeiten wird.

Die Antwort der Reichsbahngesellschaft auf die Rückfrage.

:: **Berlin,** 2. Juni. Das Reichswirtschaftsministerium hatte in Verbindung mit dem Antrag auf Erhöhung der Eisenbahntarife eine Reihe von Rückfragen an den Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft gerichtet. Diese Fragen sind, wie die „Tägliche Rundschau" berichtet, vor drei Tagen beantwortet worden. Es dreht sich dabei um Streitfragen, die in der letzten Zeit ständig erörtert worden sind, wie z. B. die Frage einer kurzfristigen Anleihe zur Befriedigung des Finanzbedarfes der Reichsbahngesellschaft, die Verkehrsentwickelung und die Finanzierung des Betriebes, die Vermögensverwaltung u. a. mehr. Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft ist in allen diesen Punkten auf seinem bisherigen Standpunkt verblieben und ist auf seine in der Denkschrift niedergelegte Auffassung noch einmal ausführlich eingegangen.

Die Aufbringung zur Industriebelastung.

:: **Berlin,** 2. Juni. Nachdem sich herausgestellt hat, daß das Betriebsvermögen der aufbringungspflichtigen Unternehmer größer ist, als angenommen werden konnte, hat die Reichsregierung durch eine neunte Durchführungsverordnung zum Aufbringungsgesetz die für die zweite Teilzahlung der Jahresleistungen für das Kalenderjahr 1928 an die Finanzämter zu entrichtenden Beträge um 20 v. H. herabgesetzt. Gleichzeitig ist der Zahlungstermin vom 15. Juni auf den 16. Juli 1928 hinausgeschoben worden, um der Wirtschaft Geld nicht früher zu entziehen, als unbedingt notwendig ist. Bei der letzten Teilzahlung hat sich gezeigt, daß die Unternehmer jetzt pünktlicher als früher zahlen, sodaß die Frist zwischen der Zahlung an die Finanzämter und der Abführung des von der Industriebank an den Generalagenten für Reparationszahlungen zu zahlenden Betrages verkürzt werden kann.

Unsere Aufgabe.

Der ungünstige Ausgang der Wahlen zwingt das Zentrum, sich noch mehr als bisher auf seine geistigen Grundlagen zu besinnen, seine Kräfte zu sammeln, seine Arbeitsmethoden zu intensivieren und seinen Willensbereich sorgfältig gegenüber dem anderer Parteien abzugrenzen. Man muß die Lage, in der sich das Zentrum befindet, und den Aufgabenkreis, dem es sich jetzt gegenübergestellt sieht, unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Von den äußeren Gesichtspunkten soll hier nur wenig die Rede sein. Die größte Gefahr, die wir in dieser Beziehung sehen, ist die immer deutlicher sich ausprägende Absicht maßgebender liberaler Kreise, den Liberalismus zu einen und einen Block zu bilden, der die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei und vielleicht auch die Wirtschaftspartei umschließen soll.

Die Machtstellung, die das Zentrum in der Nachkriegszeit eingenommen hat, beruhte in erster Linie auf der Divergenz der liberalen Gruppen. Gelingt es, diese Divergenz, diese Feindschaft der Liberalen untereinander, zu überwinden, gelingt es weiter, den geeinigten Liberalismus und den Sozialismus irgendwie auf ein gemeinsames Aktionsprogramm zu verpflichten, dann wird das Zentrum machtpolitisch auf seinen Vorkriegsstatus zurückgeworfen und speziell auch die Arbeit, die es auf kulturpolitischem Gebiete zu leisten berufen ist, unmöglich gemacht. Es entsteht die Frage, was die Zentrumspartei von sich aus tun kann, um die drohende Gefahr der Verminderung ihres politischen Einflusses zu bekämpfen. Da gibt es verschiedene Antworten. Die eine ist auf das äußere Verhältnis gerichtet, die andere auf das Eigenleben der Partei. Die eine verlangt, daß das Zentrum seine Position nicht freiwillig aufgibt, und die andere, daß die Partei ihre ganze Kraft auf den inneren Neubau verwendet.

Unsere innere Lage ist schwierig. Als ausgesprochene Mittelpartei hat das Zentrum auf zwei Fronten mit ungefähr gleich starken feindlichen Gruppen zu kämpfen. Das kann dazu führen, daß die Partei gewissermaßen zwischen die Puffer der Flügelgruppen gerät und in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt wird. Schwerer noch als das wiegt der Umstand, daß durch gewisse extreme Entwickelungen, wir denken in erster Linie an die Vitus Hellerbewegung, eine Unruhe in manche Kreise unserer Wählerschaft hereingetragen worden ist. Aber auch das bedeutet noch wenig gegenüber der Schwierigkeit, die großen Massen der Jungwähler, die ideologisch zur Zentrumspartei gehören, ihr aber praktisch nicht zugestimmt haben, von der Zweckmäßigkeit unseres politischen Handelns zu überzeugen und zur freudigen Mitarbeit zu gewinnen. Beides ist unbedingt nötig, wenn die Partei sich den Nachwuchs sichern will, dessen sie zu ihrer Fortexistenz bedarf. Alles das, Kampf, Verteidigung und Werbung, wird der Zentrumspartei nur dann gelingen, wenn sie ihre politischen Grundlagen immer wieder ganz klar herausstellt, wenn sie ihr aus Menschenkenntnis und Erfahrung gewonnenes Bildungsgut unablässig anbietet und gleichzeitig die neuen Impulse der Generationenentwicklung fortwährend in sich aufnimmt. Das Geheimnis jeder Politik, die schöpferische Formgebung, liegt zwischen hemmungsloser Entwicklung und träger Erstarrung. In dem Maße, wie die Zentrumspartei zwischen diesen beiden Elementen das richtige Verhältnis findet, wird ihre Politik erfolgreich und zukunftweisend sein.

Das Zentrum muß als neue Voraussetzung seines politischen Arbeitens die politische Mündigkeit der Wähler als etwas Gegebenes betrachten. Diese politische Mündigkeit wird sich keineswegs nur auflösend und störend, sondern weit mehr noch aufbauend und belebend auswirken. Das gilt auch für das politische Wollen der jungen Generation. Diese junge Generation ist zum großen Teil durch die Jugendbewegung aufgedeckt und in ihrem politischen Denken selbständig gemacht worden. Ihr Denken wird zumeist beherrscht von Problemkreisen, die die voraufgehenden Generationen nicht so unmittelbar berührten. Es scheint eine gewisse Gesetzmäßigkeit darin zu liegen, daß ganze Problemkreise mit den Generationen wechseln. Diese neuen Problemeinstellungen der Jugend werden gewöhnlich ohne psychologische Ueberleitung unmittelbar an die noch in älteren Entwicklungen wurzelnden Parteiinstanzen herangetragen. Daraus entwickelt sich leicht ein Zwiespalt. Die Jugend wird vom Alter als autoritätslos, radikal und revolutionär angesehen und umgekehrt das Alter von der Jugend als steril, müde und entschlußlos. Die unmittelbare Gefahr eines derartig beziehungslosen Nebeneinandergehens verschiedener Generationen besteht darin, daß die eine Gruppe in einen unfruchtbare Attavismus und Radikalismus hineingetrieben wird, während die andere in ihren alten, zum Teil der Vergangenheit angehörenden Anschauungen stecken bleibt. Das Zentrum hat gerade als christliche Mittelpartei die Aufgabe, die Schwierigkeiten, die sich aus dem Generationsproblem ergeben, zu einer allseitig befriedigenden Entspannung zu bringen. Die Generationen sollen sich

...esitz ...tung
...ARKE ...CHOLT I.W
...& CO., DUISBURG ...5-10 ...MEYER, ...45 ...R, ELBERFELD ...hnpassage ...BERLIN W 35
...cholt i.W. ...347. ...lgungssachen ...n. ...er Art.
...n Rhede
...g, dem 4. Juni, feiert ...FEST
...Markt und im Festsaal ...eraden im Saal, anschl ...ch den Ort. — Nach Rück
— ½8 Uhr: Antreten in ...Nach dem Seelenamt, dar ...für die Gefallenen der ...t ein ehemaliger Feld ...n Anschluß hieran feier ...mal. — Nach Beendigung ...Krieger im Nössing'schen ...Borken. — 10 Uhr: Ab ...Eröffnung des Schieß ...lhr: Speck-Erbsenessen. — ...n.
Der Vorstand.
...den gebeten, zu flaggen ...n die Offiziere komplett ...ewehr. Vereinsabzeichen ...Umzug am Sonntag ist ...daß ein jeder Kamerad ...ährend des Frühkonzertes ...Aufnahmefähige Nicht ...keinen Zutritt. Damen ...en zu der Saalfeier nicht ...ndes und der Offiziere ist ...st strengstens zu beachten
Der Oberst.
...Kamerad Mühlfelder
la Käselaab, la Käsefarbe, la Butterfarbe.
empfiehlt
Droguerie Gebr. Steiner, Markt 8.
Ein Stamm
Rhodeländer
1/11 preiswert zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Doppigen Blumenflor
u. kräft. Gedeihen der Pflanzen bewirkt mein Blumendünger. Preis M. —.50.
Drogerie Brüls, Nordstr. 22.

naturgemäß ablösen und nicht in einer Art Klassenkampf zueinander stehen.

Die neue Situation erfordert eine gewisse Umstellung in den Arbeitsmethoden. Die Partei darf nicht ausschließlich mit den Mitteln der Massenagitation arbeiten, sie darf sich auch nicht nur auf eine bloß rationelle Wissensvermittlung beschränken. Was erreicht werden muß, ist dies: ein neues, lebendiges Bewußtsein des Parteizusammenhanges und eine mehr aktive, erlebnismäßige, in Gemeinschaftszellen sich vollziehende Mitteilung unserer Prinzipien und Arbeitsziele. Das Ergebnis der Wahl hat gezeigt, daß die Zentrumspartei trotz der andersartigen Voraussagen und trotz der teilweise eingetretenen Verluste im christlichen und katholischen Volke noch sehr starke Wurzeln besitzt. Es ist nicht nur eine traditionelle Formel, daß die Zentrumspartei ihre Stärke aus ihrer weltanschaulichen Fundamentierung zieht. Das müssen sowohl die Kreise beachten, die bestrebt sind, die weltanschaulichen Bindungen der Partei etwas in den Hintergrund zu stellen, um ihre politische Sendung mehr zu betonen, als auch die anderen, die eine methodische Trennung des Religiösen vom Politischen anstreben, um das Religiöse vor der Profanierung zu bewahren. Das sind beides Tendenzen, die sich leicht ins Extreme verlieren. Wir belassen dem Politischen seine Eigenständigkeit, aber wir sind uns bewußt, daß auch das Politische vom gesunden Mutterboden lebendigen Glaubens nicht getrennt werden darf. Davon ist das Zentrum niemals abgegangen.

Außer der weltanschaulichen Fundierung können als besondere Kennzeichen des Zentrums gelten, sein alle Stände und Berufe umfassender volkstümlicher Charakter und seine Stellung als Mittelpartei. Das Zentrum ist eine aus einer Volksbewegung emporgetragene Partei, es verdankt seine Existenz nicht der theoretischen Arbeit spekulativer Führer, sondern dem spontanen Tatwillen aufgerührter Massen. Die Zentrumspartei ist sowohl in ihrer Zusammensetzung wie in ihren Zielen allumfassend. Deshalb hat die Partei nie ausschließlich irgend einem ausgesprochenen konservativen oder fortschrittlichen Prinzip angehangen, nie sich für irgendwelche extremen Ideen oder Zielsetzungen entschieden, sondern sich stets auf eine realpolitisch vernünftige Mittelstellung festgelegt. Im Zentrum hat man immer großes Verständnis für die langsame Durchentwicklung politischer Tendenzen gehabt und jede allzu radikale Beschleunigung, jedes allzu gewaltsame Vortreiben von Entwicklungen stets abgelehnt. Aber ebenso wie die Partei sich gegen einen übereilten Aktivismus wendet, muß sie auch eine allzu starke Beharrung im Traditionellen ablehnen. Der Charakter einer Mittelpartei äußert sich eben darin, daß Extreme nach der einen wie nach der anderen Richtung hin vermieden werden. Ueber den Charakter der politischen Mitte hat man sich im Zentrum mehr zerstritten, als notwendig war. Unter Mitte darf auf keinen Fall eine mechanische Mitte zwischen den Extremen der Flügelgruppen verstanden werden, denn sonst wäre das Zentrum keine in sich unabhängige Gruppe. Seine Funktion bestände dann lediglich darin, auf die Bewegungen der Flügelparteien zu reagieren. Das wäre unfruchtbar und unschöpferisch. Die Partei kann — in dem hier skizzierten Sinne — nur Mittelpartei bleiben, und als solche nur werbend wirken, wenn sie von sich aus eine höchst aktive Politik betreibt, wenn sie nicht nur als korrigierender Faktor wirkt, sondern die großen Probleme, die der Lösung harren, die Durchführung einer wahren Demokratie und damit die Wahlrechtsänderung, die Strafrechtsreform, die Behebung der Bauernnot, die Mittelstands- und Arbeiterfragen oder was es auch sei, von sich aus fördert und weitertreibt. Nur in dem Maße, wie das Zentrum initiativ und aktiv wirkt, kann es sich vor unaünstigen Kompromißzumutungen der Flügelparteien retten und den Boden zurückgewinnen, den es am 20. Mai verloren hat.

Hitler und Stresemann.

In einer Münchener Versammlung kam nach dem Bericht des „Völkischen Beobachters" Adolf Hitler auf die Krankheit Stresemanns zu sprechen und sagte u. a.:

„Als ich vor einigen Tagen diese — Erkrankung des Herrn Stresemann las, habe ich mir meine Gedanken gemacht. Gedanken des alten Soldaten von einst, der auch gewußt hat, daß man Fieber haben muß, damit man dienstunfähig wird. Als ich las, daß der Reichsaußenminister 37,6 Grad Fieber habe, mußte ich mir sagen, daß man es mit 37,6 Grad Fieber nicht leicht hatte. Frontsoldaten! Was hat es geheißen? Sie Drückeberger, Sie Simulant, was fällt Ihnen ein? — — Die neuere Wissenschaft weist nach, daß Erkrankungen auch durch seelische Momente entstehen können."

Der „Völkische Beobachter" verzeichnet an dieser Stelle „Heiterkeit". Ein Kommentar erübrigt sich.

Rechnungsabschluß des Jahres 1927.

— **Berlin**, 2. Juni.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine vergleichende Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs in den Jahren 1924 bis 1927 und der Ansätze in dem endgültigen Haushaltsplan 1928. Im Rechnungsjahr 1927 betrugen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 9677 Millionen RM., die bisher geleisteten Ausgaben 8819 Millionen RM. Von dem rechtmäßigen Unterschiedsbetrag sind zur Deckung von Restausgaben (nach Abzug der Resteinnahmen) 520 Millionen RM. erforderlich, sodaß nach Abzug dieses Bedarfs für das Jahr 1927 ein Ueberschuß von 338 Mill RM. verbleibt. Im Haushaltsplan für 1928 ist von diesem Ueberschuß bereits in der Höhe von 162 Millionen RM. verfügt worden. Der nunmehr weiter zur Verfügung stehende Betrag von 176 Millionen RM. ist der Abdeckung des Extraordinariums zugeführt worden. Beim außerordentlichen Haushalt sind im Jahre 1927 141,3 Millionen RM. vereinnahmt worden Diesen Einnahmen stehen Ausgaben in Höhe von 492,7 Mill. RM. gegenüber, sodaß sich beim außerordentlichen Haushalt für 1927 ein Zuschußbedarf von 351,4 Millionen RM. ergibt. Hierzu kommt der im Rechnungsjahr 1926 ungedeckt gebliebene Zuschußbedarf des Extraordinariums in Höhe von 290 Millionen RM., der auf 1927 übertragen werden mußte. Danach sind bis zum Ende des Rechnungsjahres 1927 außerordentliche Ausgaben in Höhe von 641,4 Millionen RM. verausgabt worden. Hiervon konnten nunmehr 176,2 Millionen RM. aus den vorerwähnten Ueberschüssen des ordentlichen Haushalts endgültig abgedeckt werden. Nach deren Abzug stellt sich die Verschuldung des außerordentlichen Haushalts auf 465,2 Millionen RM. Zur Deckung dieser Verschuldung und der am Schluß des Rechnungsjahres noch unbeglichenen Ausgabereste in Höhe von 358,8 Millionen RM. bleibt ein Anleihebedarf von 724 Millionen RM. Die diesem Bedarf entsprechende Anleiheermächtigung von 724 Millionen RM. ermäßigt sich durch Heranziehung des restlichen Betriebsmittelfonds von 62 Millionen RM. auf 662 Millionen RM. Der bisherige Anleihebedarf von 914 Millionen RM. ist also um 252 Millkonen RM. vermindert worden.

Die vom Reichsfinanzministerium eingeleiteten Maßnahmen lassen erhoffen, daß durch eine scharfe Ueberwachung des Extraordinariums auch weiterhin eine nicht unwesentliche Herabminderung des Bedarfs oder wenigstens eine Streckung dieses Bedarfs über einen längeren Zeitraum erzielt werden wird.

Deutsches Reich.

Nicht Dr. Brüning, sondern Hillebrand.

:: **Berlin**, 2. Juni. Wie mitgeteilt, hat sich die Stärke der Landtagsfraktion des Zentrums nach den endgültigen Feststellungen des preußischen Landeswahlausschusses um ein Mandat verringert, sodaß das Zentrum nicht 72 sondern nur 71 Mitglieder zählt. Es fällt nicht Dr. Brüning weg, sondern der auf der Landeswahlliste an sechster Stelle genannte Gewerkschaftssekretär in Saarbrücken Karl Hillenbrand.

Versagte Zulassung deutscher Anwälte in Italien.

Berlin, 2. Juni. Die kommunistische „Rote Hilfe" hatte sich vor einiger Zeit an eine Reihe von deutschen Rechtsanwälten mit der Frage gewandt, ob sie die Verteidigung der in Italien von einem Sondergericht angeklagten Mitglieder der Kommunistischen Partei und Antifaschisten übernehmen wollten. Von den 60 Anwälten, die sich dazu bereit erklärten, versuchten einige unter Angabe des Zweckes ihrer Reise eine Einreiseerlaubnis nach Italien zu erlangen, erhielten jedoch eine Absage. Sie haben zusammen mit anderen Anwälten daraufhin ein Protesttelegramm an Mussolini gerichtet. Das Telegramm ist u. a. unterzeichnet von den Anwälten Oborniker (Berlin), Lothar Engelbert Schücking (Dortmund), Dr. Samter (Berlin).

Die Räumung von Peking.

Neue Niederlage Tschangtsolins.

× **Peking**, 2. Juni. In der Nähe von Liuliho sollen die Nordtruppen in schweren Kämpfen eine Niederlage erlitten und 4000 Tote verloren haben.

*

Tschangtsolin nach Mukden unterwegs.

Δ **Peking**, 2. Juni. Marschall Tschangtsolin ist am Sonnabend früh mit seinem Stab in vier Automobilen von Tientsin nach Mukden abgereist, wo er die ganze Amtsgewalt über die Nordmandschurei übernehmen wird. Heute abend soll Peking von den Truppen Fengs besetzt werden. Die Deutschen, die in Peking leben, sind bisher unbehelligt geblieben.

*

Zu Fuß nach der Mandschurei.

○ **Peking**, 2. Juni. Die Eisenbahnstation ist mit Zügen angefüllt, die zum größten Teil mit Truppen und Beamten voll besetzt sind. Starke Truppenabteilungen ziehen durch die Tore der Stadt, um die Mandschurei zu Fuß zu erreichen. Es sind keine Zeichen von Panik wahrzunehmen und die Soldaten betragen sich ordentlich und sind in guter Stimmung.

★

Die Deckung des Rückzuges.

♥ **London**, 2. Juni. Wie der offizielle britische Funkdienst aus Peking berichtet, ist jetzt kaum noch daran zu zweifeln, daß Marschall Tschangtsolin in wenigen Tagen Peking geräumt haben wird. Die General Yangzuing und Tschanghseliang sind von ihm beauftragt worden, den Rückzug kämpfend zu decken und für seine ordnungsgemäße Abwicklung zu sorgen. In Peking hat sich unter dem Vorsitz Wangschitschens ein Ausschuß älterer Staatsmänner gebildet, dem zwei frühere Premierminister angehören und dessen Aufgabe es sein soll, in der Zeit zwischen dem Abzug der Nordtruppen und dem Eintreffen der südchinesischen Armee für Ordnung und Sicherheit in der Stadt zu sorgen.

*

Tschangtsolins Abschiedsbotschaft.

Peking, 2. Juni. In einem Aufruf an die Nordarmee begründet Marschall Tschangtsolin das Verlassen Pekings damit, daß er mit den Südtruppen die Entscheidungsschlacht aufnehmen wolle, deren erfolgreicher Ausgang seinen Wiedereinzug in Peking im Herbst bringen werde. — General Feng erklärte gegenüber einem japanischen Offizier, daß er nicht japanfeindlich eingestellt sei, sondern daß er nur die chinesische Einheit erzwingen wolle General Borodin habe bei ihm keinen wesentlichen Einfluß. Der General erklärte, daß seine Vorposten am Sonntag mittag in Peking einrücken werden.

*

Die Kuomintang-Fahne weht über Peking.

÷ **Tokio**, 2. Juni. Wie aus Peking gemeldet wird, weht seit Sonnabend morgen die Kuomintang-Fahne über Peking. Tschangtsolin soll in der vergangenen Nacht ebenfalls Peking verlassen haben. Nur wenige nordchinesische Truppenabteilungen liegen in Peking. Diese scheinen gewillt zu sein, beim Abzug der südchinesischen Truppen zu Tschiangkaischek überzugehen. Der Einzug wird für Montag erwartet. Außer den Japanern sind alle anderen Fremden in der Hauptstadt geblieben. Tschangtsolin hat auf seine Diktatorwürde zugunsten des früheren Präsidenten Tuantschijui verzichtet, der ganz unter japanischem Einfluß steht, zumal von ihm behauptet wird, er habe seinerzeit von Japan 50 Millionen Dollar für eine japanfreundliche Politik erhalten. — Wie aus Nanking gemeldet wird, wird Tschiangkaischek sein Hauptquartier nach Peking verlegen, um mit dem diplomatischen Korps die Fühlung aufzunehmen. Nanking wird aber aus Sicherheitsgründen die Hauptstadt der chinesischen Nationalbewegung bleiben. Tschiangkaischek wird sich bemühen, zu erreichen, daß auch Nanking diplomatische Vertretung erhalten wird.

Der Hauptbelastungszeuge im Schachtyprozeß.

Seine wirren Aussagen.

◇ **Kowno**, 2. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, erregten in der Sonnabendsitzung des Schachty-Prozesses die wirren Aussagen des Angeklagten Baschkin große Verwunderung. Der Angeklagte betonte, daß die russische Abteilung der AEG sowie der Direktor Gleimann die Schädigung der Sowjetbotschaft im Auge gehabt haben. Baschkin sagte dann aus, daß er an den Angeklagten Meyer Zeichnungen verkauft habe, für die er von Otto 1000 Rubel erhalten habe. Er beschuldigte zweifellos in dem Bestreben, durch Preisgabe seiner ehemaligen Freunde den Eindruck der Reue zu erwecken, die Hauptangeklagten systematischer konterrevolutionärer Tätigkeit. Unwillkürlich steht man dieser captatio benevolentiae skeptisch gegenüber. Heute früh kam der deutsche Angeklagte Meier erstmalig zu Wort. Als nämlich Baschkin neuerdings erklärte, sein Berliner Bruder habe ihn benachrichtigt, „daß er demnächst wichtige Mitteilungen erhalten werde, über die er sich nicht wundern möge", fragte der Vorsitzende Meier, ob er sich dazu äußern wollte. Meier erklärte, „er kenne den Bruder Baschkins etwa so, wie er dessen Großmutter kenne". Meier, der wegen Nervenzusammenbruchs in ärztlicher Behandlung gestanden hat,, macht jetzt einen frischen Eindruck. Seitens der Botschaft sind Schritte unternommen worden, um den deutschen Gefangenen eine längere Schlafenszeit zu ermöglichen, da die Verhandlungen bis gegen 11 Uhr dauern und laut Gefängnisreglement allgemein die Aufstehenszeit auf 5 Uhr festgesetzt ist.

In den Nachmittagsverhandlungen beantragte der Verteidiger Worms die weitere Vernehmung Baschkins wegen der Erkrankung des Verteidigers des deutschen Angeklagten Otto, Ozep, auszusetzen. Worms beantragte ferner die für den Schluß des Prozesses bestimmte Verhandlung gegen die drei Deutschen zwecks schnellerer Erledigung vorweg zu nehmen. Der Staatsanwalt widersprach mit der Begründung, daß „aus logischen Erwägungen die Bedeutung der Versammlung in der russischen Abteilung der A. E. G. erst nach der Aufklärung dessen, was in der Charkower Zentrale geschehen ist, erkannt werden könne." Das Gericht behielt sich die Entscheidung vor.

★

Erneute Beschuldigung der AEG.

◇ **Kowno**, 3. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, gab Baschkin in der Sonnabendabendsitzung des Donez-Prozesses Erklärungen über die angebliche geheime Tätigkeit der Charkower Zentrale ab. Schachty Baschkin erklärte, daß die Charkower Zentrale von der russischen Abteilung der AEG. von Berlin aus geleitet wurde. Die deutschen Angeklagten, besonders Otto und Meyer, wiesen diese Ausführungen Baschkins als nicht den Tatsachen entsprechend zurück. Das Gesuch der deutschen Botschaft um bessere Behandlung der Angeklagten im Gefängnis wurde bis jetzt von der GPU. nicht genehmigt. Die Aufregungen des Prozesses haben natürlich auf die deutschen Angeklagten ihre Wirkung nicht verfehlt. Auch die Erklärungen Kalinins, daß der Prozeß auf die deutsch-russischen Beziehungen nicht nachteilig einwirken würde, konnte die Angeklagten nicht beruhigen.

★

Die Taktik des Staatsanwaltes.

Moskau, 1. Juni. Je weiter der Schachty-Prozeß fortschreitet, desto klarer wird es, daß er der Regierung kein Beweismaterial bringt, um ihren großen Plan innerpolitischer Propaganda gemäß das Bestehen einer gegenrevolutionären Verschwörung im Donezbecken darzutun. Es ist offenkundig:

1. Daß es sich nur um einen Fall der Massenkorruption handelt, wie es in der Sowjetunion keineswegs ungewöhnlich ist.
2. Daß die GPU. die in diese Korruptionsaffäre verwickelten Persönlichkeiten schon im Laufe mindestens der letzten fünf Jahre hätte verhaften und aburteilen lassen können.
3. Daß die GPU. Jahre lang Material gesammelt und den heutigen Angeklagten Bewegungsfreiheit gelassen hat, um dann zu Beginn dieses Jahres, als den Arbeitern gegenüber eine Entschuldigung für die Mißstände in der Bergwerksindustrie gefunden werden mußte, die 53 Angeklagten und etwa 200 andere Personen zu verhaften, sodaß es nach einem großen Komplott aussah.
4. Daß es angesichts des Fehlens einer revolutionären Verschwörung auch ipso facto unmöglich ist, daß deutsche Ingenieure oder deutsche Firmen an einer solchen beteiligt waren.

Es ist auffallend und verdächtig, wie Zeugen, wenn sie aufgerufen werden, etwas aufgeregt das Podium besteigen und zehn Minuten oder länger eine große Geschichte erzählen, wie böse ein bestimmter Angeklagter ist. Jedesmal wußte ein solcher Zeuge sich kleiner elf Jahre zurückliegender Einzelheiten zu erinnern. Der Staatsanwalt stellt dann ein halbes Dutzend in bestimmter Richtung gehender Fragen, die so aufgefaßt sind, daß der Zeuge bloß ja zu sagen hat. Aber auch noch ein jedes Mal, wenn die Verteidiger oder die Angeklagten dann ihrerseits Fragen an die Zeugen richteten, verwickelten sich diese Zeugen in Widersprüche, stotterten und benahmen sich so töricht, daß auch die aus proletarischen Gewerkschaftsmitgliedern zusammengesetzte Zuhörerschaft lachen mußte. Aber auf die Aussagen von 54 solcher Zeugen und auf das Geständnis von ein paar Schuften wird die G. P. U. zehn bis zwölf Menschen hinrichten.

*

Erkrankung eines Verteidigers.

◇ **Moskau**, 3. Juni. Auf Antrag der Verteidigung beschloß das Gericht, wegen Erkrankung des Verteidigers des deutschen Angeklagten Otto die Beratung der auf die deutschen Angeklagten bezüglichen Teile der Aussagen Baschkins zu vertagen.

Ministerpräsident Dr. Heinrich Held 60 Jahre.

× **München**, 2. Juni. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Heinrich Held vollendet am 6. Juni sein 60. Lebensjahr. Dr. Held gehört seit 21 Jahren dem bayerischen Landtag an, war zehn Jahre hindurch Erster Vorsitzender der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei und steht seit dem 28. Juni 1924 als Ministerpräsident an der Spitze des bayerischen Staates.

Amtsenthebung Reichers.

:: **München**, 2. Juni. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete und Stadtrat, Hauptlehrer Julius Reicher, ist von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichtshofes in München seines Amtes als Lehrer unter Zubilligung der gesetzlichen Pension enthoben worden. Dem seit vier Jahren schwebenden Verfahren lag die Tatsache zu Grunde, daß Reicher im November 1922 seine Schule verließ, um sich an der Organisation des Hitlerputsches in München zu beteiligen. Die erste Instanz hatte s. Zt. nur auf Strafversetzung erkannt, während die zweite ihm endgültig die Befähigung zum Lehrer aberkannte.

Die Empfangsfeierlichkeiten für die Ozeanflieger.

((**Berlin**, 2. Juni. Der Deutsche Luftverkehrsverband teilt mit:

Zur Vorbereitung des Empfanges der deutschen Ozeanflieger Köhl und von Hünefeld ist von den Spitzenorganisationen der Luftfahrt zusammen mit der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd, der Deutschen Lufthansa und der Firma Junkers ein Empfangsausschuß gebildet worden. Nach dem von diesem Empfangsausschuß entworfenen Programm werden die Flieger, von Bremen kommend, am 20. oder 21. Juni auf dem Luftwege im Flughafen Tempelhof bei Berlin eintreffen. Auf dem Fluge von Bremen nach Berlin wird ihnen ein Flugzeuggeschwader das Ehrengeleit geben. Die Flieger werden in Berlin-Tempelhof von den Reichs- und Staatsbehörden sowie von den Vertretern der Stadt Berlin empfangen und nehmen zunächst im Flughafenrestaurant einen Imbiß ein. Von Tempelhof aus fahren die Flieger im offenen Auto über die Belle-Alliancestr., Königgrätzer Straße, Potsdamer Platz und durch das Brandenburger Tor zum Palais des Reichskanzlers, der ihnen einen Tee-Empfang geben wird. Abends sind die Flieger Gäste des Reichsverkehrsministers. Im Verlaufe des Abends wird ein Fackelzug zu Ehren der Ozeanflieger veranstaltet werden. Am nächsten Tage wird der Reichspräsident die Flieger mittags empfangen. Im Anschluß daran gibt die Stadt Berlin zu Ehren der Ozeanflieger anschließend an einen Empfang ein Essen im Rathause. Der Nachmittag bringt ein Gartenfest im Zoo, das von der Berliner Presse veranstaltet wird. Abends sind die Ozeanflieger bei den Luftfahrtverbänden zu Gaste. Eine Veranstaltung im Stadion, verbunden mit einer öffentlichen Kundgebung, ist geplant.

*

Eintreffen des deutschen Verkehrsflugzeugs in Rom.

:: **Rom**, 2. Juni. Heute abend 6 Uhr 30 ist auf dem Zivilflughafen Littorio zum ersten Male das Flugzeug angekommen, das die Strecke Berlin—Rom in einem Tage zurücklegt. Beim Eintreffen des Flugzeuges waren Legationssekretär Dr. Freudenberg als Vertreter des Botschafters, der stellvertretende Leiter des Zivilflugwesens und mehrere Herren des Luftfahrtministeriums zugegen.

Die „Southern Croß" auf einer Fidschi-Insel gelandet.

() **London**, 3. Juni. Nach einer hier eingegangenen Meldung ist die „Southern Croß" gestern abend auf der 100 Seemeilen von Honolulu entfernten Fidschi-Insel, Kaual, gelandet. Das Flugzeug ist heute zum Weiterflug aufgestiegen.

Auf der Suche nach Nobile.

:: **Kingsbay**, 3. Juni. Der Dampfer „Branganzo" ist mit 15 Italienern unter Führung des Hauptmanns Sora ausgelaufen. Man glaubt allgemein, daß die „Italia" im Renntiergebiet verunglückt ist.

— **Oslo**, 3. Juni. Die „Hobby" mit Leutnant Lüow Holm an Bord ist heute in der Adventbay eingetroffen, nachdem die Fahrt durch hohen Seegang und Eis um 24 Stunden verzögert war. Das Schiff nahm Hunde, Schlitten und Hundeführer an Bord und ist nach Kingsbay weitergefahren, wo es Montag früh eintreffen wird. Die Wetterbedingungen sind vorzüglich. Wenn auch in Kingsbay die Bedingungen günstig sind, will Lützow Holm seine Erkundigungen mit dem Flugzeug unverzüglich nach seiner Ankunft dort beginnen.

Die Finanzierung der Hilfsexpedition Amundsens.

⊠ **Oslo**, 2. Juni. Die Pressemeldungen, wonach die von Amundsen geplante Hilfsexpedition für die „Italia" von Ellsworth finanziert werde, beruhen anscheinend auf einem Mißverständnis. Amundsen hatte lediglich damit gerechnet, daß die Kosten der Hilfsexpedition in Amerika aufgebracht werden würden. Ellsworth hat eine dahingehende Meldung offenbar Mißverstanden und durch Kabel seine finanzielle Unterstützung unter der Bedingung zugesagt, daß sich auch Italien an der Finanzierung des Unternehmens beteilige. Amundsen erklärte heute, daß die Hilfsexpedition durch dieses Mißverständnis keine Verzögerung erleiden und nötigenfalls auch ohne Ellsworth unternommen werden wird. Er hofft bestimmt, daß die erforderlichen Mittel aufgebracht werden können.

*

Polarforscher Nordenskjöld †.

:: **Gotenburg**, 2. Juni. Der bekannte Forscher Prof. Otto Nordenskjöld starb hier heute früh infolge innerer Verletzungen, die er sich bei einem Autounglück zugezogen hatte. Er war im Jahre 1869 geboren und Mitglied einer großen Anzahl geographischer Gesellschaften. Der Forscher war ferner Leiter einer großen Anzahl von Expeditionen nach beiden Polen.

Ein nächtlicher Krawall in Berlin.

× **Berlin**, 3. Juni. In der Münzstraße im Zentrum Berlins kam es in der Nacht zum Sonntag kurz nach Mitternacht zu einem schweren Zusammenstoß zwischen der Polizei und einer größeren Menschenmenge. Zwei Personen, die wegen groben Unfugs und Ruhestörung festgenommen werden sollten, schlugen plötzlich auf die Beamten ein, wodurch ein Polizist blutige Verletzungen im Gesicht erlitt. Von einer etwa 50 Personen starken Menge, die sich angesammelt hatte, wurden die Beamten stark bedrängt, sodaß sie schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Dabei wurde ein 35 Jahre alter Arbeiter, der schon mehrfach Zusammenstöße mit der Polizei hatte, getötet, ein anderer Arbeiter durch einen Fußschuß verletzt. Nachdem Polizeiverstärkung erschienen war, wurden aus der mittlerweile auf 400 Personen angewachsenen Menge drei Personen wegen Widerstands und Beleidigung festgenommen. Die Leiche des Erschossenen wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.